

# Alle gemeinsam für Arbeit, Gesundheit, Rente. Stoppt die Profithaie! Für eine erfolgreiche bundesweite Demo am 1. November als Auftakt des Widerstands gegen Rot-Grün und Arbeitgeber! Stellungnahme der SAV – Sozialistische Alternative, 26. September 2003

**Der Widerstand gegen Sozialkahltschlag, Agenda 2010 & Co hat mit dem Beschluss der Aktionskonferenz am 16. August für eine bundesweite Demonstration am 1. November einen neuen Kristallisationspunkt erhalten. Unter anderem zahlreiche Gewerkschaftsgliederungen unterstützen mittlerweile die Demo; sie ist zum Bezugspunkt vieler AktivistInnen geworden. Doch gerade durch den Erfolg ergeben sich neue Herausforderungen, gibt es Kritik und Debatten über die Demo, den Widerstand und die nächsten Schritte. Dazu nimmt die Sozialistische Alternative hier Stellung.**

Die Dynamik für die bundesweite Demonstration gegen Sozialkahltschlag am 1. November geht weiter: Nach ver.di Stuttgart und dem DGB Stuttgart rufen nun auch ver.di Hamburg, ver.di Berlin, ver.di Baden-Württemberg und andere zur Demo auf. Diskussionen um eine Unterstützung werden in der IG BAU geführt; in verschiedene Gliederungen der IG Metall wurde die Frage der Unterstützung für die Demo eingebracht.

Nachdem der Attac-KoKreis ein zögerliches »Ja« zur Demo erklärte, gibt es aus verschiedensten Orten von Attac-Gruppen nun Beschlüsse und Berichte über Zustimmung und Mobilisierung zu den Protesten.

Über die Frage einer bundesweiten Demo hinaus regt sich Widerstand auch gerade in Betrieben, wie der Berliner Verkehrsgesellschaft und vor allem im öffentlichen Dienst, bei dem gegen die BeamtInnen, Angestellten und ArbeiterInnen die Brechstange der Arbeitgeber für Arbeitszeitverlängerung, Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld und so weiter angesetzt wird.

Eine besondere Situation gibt es in Hessen: Die GEW ruft zu einem eintägigen Streik gegen die Pläne von Hessens Ministerpräsident Koch („größtes Sparpaket in Hessens Geschichte“ auf dem Rücken von BeamtInnen, Angestellten und ArbeiterInnen) am 18. November auf. Diese Proteste sollen noch mit den anderen DGB-Gewerkschaften ausgeweitet werden. Die GdP (Gewerkschaft der Polizei) Hessen hat einen Aufruf an alle Beschäftigten der Polizei in Hessen gegen die geplanten Angriffe verfasst. In diesem Aufruf heißt es: „Bei mindestens 5.000 bei uns eingegangenen Briefkopien sieht sich die GdP veranlasst, zu einem Generalstreik aufzurufen, an dem sich mit Sicherheit die Beamtinnen und Beamten beteiligen werden.“ Der Aufruf schließt mit den Sätzen: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politik traut sich fast alles. Was trauen wir uns?“

Das drückt aus, was für eine Stimmung sich in den Betrieben und Vewaltungen aufgebaut hat.

Es ist kein Zufall, dass sich die Diskussionen um den ersten landesweiten Streik gegen Sozialkahltschlag gegen eine CDU-Landesregierung richten, versuchen die Gewerkschaftsspitzen doch alles, um Rot-Grün den Rücken frei zu halten. Sie versuchen allerdings generell Kämpfe zu vermeiden, denn sie haben mit ihren Spitzen(gehalts)jobs längst ihren Frieden mit diesem System gemacht und akzeptieren die Logik der Kürzungen in Zeiten der kapitalistischen Krise. Dass es zu Arbeitsniederlegungen kommen soll und dass auch über die Einbeziehung der BeamtInnen diskutiert wird, verdeutlicht noch einmal die angestaute Wut der KollegInnen.

Der Kampf gegen Sozialkahltschlag hat begonnen, seine eigene Dynamik zu entfalten – trotz den Plänen der Gewerkschaftsspitzen. Dazu kann ein hessenweiter Streik beitragen. Entscheidend ist auch hier, dass AktivistInnen die Dinge in die Hand nehmen und weiter treiben.

## Demo & Demobündnis für den 1. November

Der Vorschlag des Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ver.di für eine Aktionskonferenz am 16. August und für eine bundesweite Demo, der bei Gewerkschaftslinken und dann in der bundesweiten Anti-Hartz-Koordination aufgegriffen wurde, traf die Stimmung vieler AktivistInnen. Auch von anderer Seite kam die Idee einer bundesweiten Demo auf; bei der Aktionskonferenz wurden die Ansätze erfolgreich zusammengebracht.

Die Wut bei Beschäftigten und Jugendlichen über die Angriffe ist riesig. Der Beginn, diese Wut in Widerstand zu verwandeln, wurde gemacht. Dazu leisteten auch die Mitglieder unserer Partei, der SAV, einen entscheidenden Beitrag.

Die Dynamik der Unterstützung der Demo ist beeindruckend und unterstreicht nochmals die Richtigkeit dieser Initiative.

Die Weigerung der Gewerkschaftsspitzen, den Widerstand zu organisieren, hat zwei Seiten: auf der einen Seite entfällt damit die politische Kontrolle der Gewerkschaftsspitzen über RednerInnen, Ablauf und Ausrichtung der Demo. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, wer an diese Stelle tritt, welche Bündnisse und Organisationen gemeinsam diese Aufgabe schultern, wie sich schwierige Fragen zum Beispiel der Finanzierung lösen lassen.

Nach wie vor wird versucht, gegen eine bundesweite Demonstration Stimmung zu machen und den Eindruck zu erwecken, dass hinter der bundesweiten Demo „bündnispolitische Geburtsfehler und sektiererische Praktiken von SAV und ähnlichen Formationen“ (Peter Wahl, Mitglied des Attac-KoKreis) stecken würden.

Die wachsende Zahl der UnterstützerInnen spricht dagegen schon eine deutlich andere Sprache. Sie zeigt, dass die Initiative für eine bundesweite Demo gegen Sozialkahltschlag als Auftakt zu einem anhaltenden Widerstand zum richtigen Zeitpunkt erfolgte.

Die Angst, eine „zu kleine Demo“ könnte der Bewegung schaden, lähmt anscheinend zum Beispiel beim Attac-KoKreis den Widerstand – oder sie wird benutzt, um nichts zu machen, was den Gewerkschaftsspitzen missfallen könnte.

Klar ist, durch die Blockade der Gewerkschaftsführungen wird bei der Demo am 1. November nur ein Bruchteil des Protestpotenzials ausgeschöpft. Doch gerade darum geht es: Diese Blockade aufzubrechen und Druck von unten zu entfalten. Das geht nicht durch still halten. Und es geht nicht mit immer neuen regionalen Aktionen, bei denen man sich fragen muss, welchen Erfolg das haben kann. Eine bundesweite Demo wird nicht das letzte Gefecht. Sie allein könnte auf diese Frage auch keine befriedigende Antwort geben. Aber sie ist ein Anfang, in den Gewerkschaften Druck zu entfalten, für regionale, landesweite und bundesweite Aktionen und Streiks, die dann die Macht entwickeln können, die Pläne des Sozialkahltschlags zu vereiteln.

Die Unterstützung vieler Organisationen in den verschiedenen Städten und Orten ist enorm. Für die bundesweite Ebene wird dabei aber noch zu wenig Verantwortung übernommen und zum Beispiel der Vorbereitungskreis der Demonstration wurde viel zu sehr dem Zufall überlassen.

Für die Demo und den Widerstand danach ist es entscheidend, dass sich die AktivistInnen, Gewerkschaftsgliederungen und Organisationen, die vor Ort für die Demo mobilisieren, auch bundesweit zusammenschließen und einmischen. Sonst droht eine Schwächung der Demo und ihrer Wirkung.

Sichtbar war dies beim letzten Treffen des Vorbereitungskreises.

Bei den RednerInnen wurde nicht mit offenen Karten gespielt. Hinterher war klar, dass zwei Menschen aus dem MLPD-Umfeld als RednerInnen festgelegt wurden.

Bei den ErstunterzeichnerInnen für den Aufruf wurden „*aus taktischen Gründen*“ von einer Mehrheit des Vorbereitungskreises die linken Parteien weggelassen. Das Argument für dieses Vorgehen war, so eine breitere Akzeptanz zu erhalten. Auf einer solchen Grundlage müssen sich die Leute später betrogen vorkommen. Vor allem aber sehen wir keinen Grund, zu verschweigen, wer eine wichtige Rolle beim Zustandekommen der bundesweiten Demo gespielt hat. Sozialistische Ideen sind heute dringend notwendig, um Widerstand dauerhaft aufzubauen: Ohne Alternative zur kapitalistischen Logik der Profite ist es unmöglich, grundsätzlich gegen Sozialkahlschlag zu argumentieren.

Der Termin der zweiten Aktionskonferenz, vereinbart auf der ersten für nach dem 1. November, ist noch offen. Der Vorschlag des Arbeitsausschuss der Initiative für Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG) diese Konferenz am Tag nach der Bundeskonferenz der IVG am Sonntag, 22. November in Berlin zu machen, wurde mit dem Hinweis auf die Termindichte (ESF Paris usw.) bisher abgelehnt. Die Termindichte ist gegeben. Die Notwendigkeit, das weitere Vorgehen aber auch gerade auf eine starke betriebliche und gewerkschaftliche Grundlage zu stellen mindestens ebenso. Eine Festlegung auf einen Termin eine oder zwei Wochen später würde einen Verzicht auf diese notwendige Beteiligung von AktivistInnen aus Betrieben und Gewerkschaften bedeuten.

Bislang fehlt ein Konzept, wie die notwendigen Finanzen aufgetrieben werden können.

Nötig ist hier, dass aus den Orten und Organisationen, die die Demo unterstützen, VertreterInnen am Vorbereitungskreis teilnehmen und der Demo insgesamt ihren Stempel aufdrücken.

[Das nächste Treffen des Vorbereitungskreis wird am 4. Oktober in Hannover statt finden – nähere Infos auch gerne über die SAV: [ski@sozialismus.info](mailto:ski@sozialismus.info).]

## Widerstand steigern

Bis zum 1. November geht es darum, für die bundesweite Demo zu mobilisieren. Dazu dient der Aktionstag am 20.10., aus dem zum Beispiel in Kassel ein Jugendaktionstag mit Jugendstreiks am 17. Oktober gemacht wurde. Damit wird im Jugendbereich vorgemacht, was der Demo am meisten helfen würde: Örtliche Streiks in Betrieben und Büros. Sie können deutlich machen, dass es darauf ankommt, die Kraft der Beschäftigten zu nutzen, um die Kahlschlagpolitik zu stoppen.

Vor Ort muss die Verbindung zwischen den allgemeinen Angriffen und der konkreten Situation gezogen werden. Dazu ist auch der Jugendaufruf, der von *widerstand international! - wi!* ausging, ein Beispiel: Ausgehend von der Ausbildungsmisere und den Missständen im Bildungsbereich findet eine Kampagne für einen starken Jugendblock auf der Demo am 1. November statt.

Nötig ist nach wie vor, in den Gewerkschaften den Kampf um Unterstützung für die Demo zu führen und auch dort, wo eine Unterstützung beschlossen wurde, sicher zu stellen, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt.

Doch klar war von vorneherein: Die Demo am 1. November kann nur ein Anfang sein. Nötig ist zum Beispiel der Kampf um die Ausweitung des Streiks in Hessen zu einem Vollstreik im öffentlichen Dienst in Hessen und bundesweit. Notwendig ist die Ausweitung dieser Streiks in Hessen und bundesweit am 18. November auch auf die Privatindustrie zu einem Generalstreik. Mit dem Kampf darum kann der Druck weiter gesteigert und die Spitzen der DGB-Gewerkschaften zu größeren Schritten im Widerstand gezwungen werden.

Bundesweite Demos und Streiks in den Größenordnungen von Österreich und Frankreich sind auch in Deutschland möglich und erkämpfbar. Doch diese Beispiele zeigen, dass auch dann die Gewerkschaftsführungen alles versuchen, um die Kämpfe abzublasen, mehr als faule Kompromisse zu schließen und den Widerstand zu beerdigen.

Deshalb ist es zum einen nötig, in den Gewerkschaften organisiert als kämpferische Opposition aufzutreten und eine inhaltliche und personelle Alternative aufzubauen.

Die Vorgänge in der IG Metall zeigen: Die Basis war stark genug, nach dem Streikabbruch der Führung im Ost-Metaller-Streik den Durchmarsch der neoliberalen Rechten (»Modernisierer«) in den Gewerkschaften zu stoppen. Zahlreiche linke Beiträge prägten den ersten Teil des IGM-Gewerkschaftstages. Und trotzdem konnten die »Modernisierer« eine Mehrheit im geschäftsführenden Vorstand erhalten! Der Kampfbereitschaft und der Stimmung unter den AktivistInnen muss endlich Ausdruck verliehen werden, ein klares Auftreten und eine gemeinsame Strategie der Gewerkschaftslinken ist nötig.

Zum anderen müssen neue Angebote vor allem in Betrieben für all die geschaffen werden, die aktiv werden wollen: Demobündnis und Aktionsbündnisse sind nötig. Aus ihnen heraus können sich Streikbündnisse entwickeln, die auch an der Blockade der Gewerkschaftsspitzen vorbei in der Lage sind, Aktionen und Streiks zu organisieren.

Sie sind nötig, um einen eintägigen Generalstreik in Deutschland gegen Schröder & Co erfolgreich auf die Beine zu stellen und seinen Impuls voll zu nutzen: Er kann den Beschäftigten ihre Macht deutlich vor Augen führen, AktivistInnen ermutigen, die Gewerkschaften in die Offensive bringen und mehr als einen Anfang dafür darstellen, den Unternehmern und der Regierung Grenzen zu setzen.

Ein solcher Widerstand würde darüberhinaus die Frage nach Alternativen zu kapitalistischer Kahlschlagpolitik und eine Offenheit für eine sozialistische Alternative schaffen.

Unmittelbar auf der Tagesordnung stünde zunächst allerdings die Regierungsfrage: Welche Alternativen zur jetzigen Regierung gibt es? Diese Frage versuchen schon die DGB-Spitzen zu nutzen, um mit der Drohung einer „noch schlimmeren“ CDU-geführten Regierung den Widerstand zu ersticken.

Egal ob SPD- oder CDU-Regierung: Entscheidend ist, dass nur Widerstand von unten die Politik für Banken und Konzerne stoppen kann. Und wenn eine SPD-Regierung daran scheitern würde, dann müsste eine CDU-Regierung den erst einmal überwinden.

Trotzdem stellt sich die Frage einer anderen Regierung: Die SAV setzt sich dafür ein, diese rot-grüne Regierung zu beenden. Jede neue Regierung nach einer am Widerstand gescheiterten Regierung ist in einer schlechteren Position gegenüber den Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen – kurz der Arbeiterklasse: Sie wird es enorm viel schwerer haben, Angriffe durchzusetzen.

Letztendlich reicht das natürlich nicht. Die SAV tritt für eine Regierung ein, die sich auf die Masse der Bevölkerung stützt. Sie müsste konsequent mit allen Kürzungen bei Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen Schluss machen, und die Macht der Banken, Versicherungen und Konzerne brechen. Ein erster Schritt, um eine solche Arbeiterregierung zu ermöglichen, ist heute der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, einer Partei, die im Gegensatz zu allen etablierten Parteien nicht auf der Seite der Unternehmer, sondern auf der Seite der Arbeiterklasse steht.

Für den Aufbau einer solchen Partei setzt sich die SAV ein.